

Die Preisliste enthält morgens und nachmittags, Dienstage und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Lieferung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. Im voraus zahlbar, von der Redaktion selbst abgeholt 8,50 M. Für den Bezug schwerer literarischer Hochqualitäts-Bestellungen empfangen. Unter Streifenband Bezugs für Deutsche ab und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Bestellungen per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Berlin Straße 5 & 6.

Die schlagzeilen Kompositionen über deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Druckaufschlag. Kleine Anzeigen; Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druckaufschlag. Ganze Anzeigen laut Tarif. Stellen-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisprophet: Jahrgang 2010, 2045, 4510 4602, 4635, 4610, 4621.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Betriebsrätekongress

Die heutige Eröffnungssitzung

Der große, schlichtgeschmückte Saal der „Neuen Welt“ ist gefüllt. Zu den Delegierten aus den Betrieben ist ein starker Zuschuß an Gewerkschaftsfunktionären getreten, die mit beratender Stimme an der Tagung teilnehmen. Schon der äußere Habitus des Kongresses zeigt, daß eine gewisse Ordnung und Organisation in die Betriebsrätebewegung gekommen ist. Nichts erinnert an die Kongresse der Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Revolutionsmonaten, sofern ein solcher Vergleich überhaupt gestattet ist. An die Stelle der Fraktionen ist die Gruppierung nach Industriezweigen getreten. Das revolutionär-politische Temperament ist einer ruhigeren Sachlichkeit, einer rein wirtschafts-politischen Einstellung gewichen, obwohl — als Widerspiel der politisch-taktischen Gegenseite in der Arbeiterschaft noch genügend Konfliktstoff auch in diesem Kongress schlummert, an dessen Entladung im Laufe des Kongresses es sicher nicht fehlen wird.

Grahmann eröffnet um 11 Uhr. Nach einem kurzen Gruß an den Kongress begrüßt er die erschienenen Gäste. Es sind u. a. anwesend die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, die Herren Feig und Platom, Göhre ist erschienen für das preußische Staatsministerium, Woldt für das Referat über wirtschaftspolitische Arbeiterbildung im preußischen Kultusministerium. Ferner sind anwesend Janzon als Vertreter der schwedischen Gewerkschaft neben dem Sozialattaché der norwegischen Gesandtschaft, und zwei Vertretern der Republik Georgien. Zur Beruhigung erklärt Grahmann, daß nur die gewählten Betriebsräte das Stimmrecht auf dem Kongress haben und daß auch sie vorwiegend an der Debatte sich beteiligen sollen. Sie

sollen es sein, die der Tagung die entscheidende Note geben. Grahmann findet, daß die Betriebsrätebewegung kein Kind der Revolution ist, das Bestreben der Arbeiterschaft, das zur Betriebsrätebewegung geführt hat, ist so alt, wie die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung selbst. Der Kongress bedeutet einen gewissen Höhepunkt dieser Bestrebungen, die auf Umgestaltung und Einfluß der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben gerichtet sind. Heute habe die Bewegung bewußt die Sozialisierung der Wirtschaft zum Ziel. Das Betriebsrätegesetz sei der Kampfboden. Grahmann richtet an den Kongress die Aufforderung, die Aussprache in kameradschaftlicher Form zu führen.

Stürme kündeten sich an. Die Einberufung schlägt vor, daß die Leitung des Kongresses in der Hand der Betriebsrätegen-trale, des Bundes und der Afa bleibt, das Bureau aber ergänzt wird aus den Kreisen der gewählten Delegierten. Habermeier fordert dagegen, daß die Betriebsräte ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und dadurch bekunden, daß sie selbst ein Bureau nach ihren Wünschen wählen. Eine kleine Probe! Bei der Abstimmung weicht Habermeier der Minderheit, aber die Minderheit ist außerordentlich stark und sie zeigt durch lebhaftes Zwischenrufen, die sie gegen den Abstimmungsmodus und gegen das Resultat der Abstimmung richtet, ihre Energie. Sie gibt den Kampf noch nicht auf.

Koenen-Metzberg wird vorgeschickt, um in längerer Rede der Geschäftsordnung die Art der Einberufung des Kongresses und die Verteilung der Delegierten scharf zu kritisieren. Er erhält lebhaftes Zustimmung, aber auch sehr starken Widerspruch aus den Reihen der Delegierten. Bei Schluß des Berichtes dauert die Geschäftsordnungsdebatte noch an.

Die Brüsseler Finanzkonferenz

E. M. Die von dem Völkerbund nach Brüssel einberufene Sachverständigenkonferenz hat ihre öffentlichen Sitzungen am vergangenen Samstag vorläufig beendet. In Unterkommissionen sollen die ausgeworfenen Punkte zunächst weiterberaten und dem Kongress die Ergebnisse alsdann in einer Schlusssitzung bekanntgegeben werden.

Es ist wohl gar nicht erst nötig, daß wir in unserer Presse Illusionen zerstreuen, die sich in Arbeiterkreisen mit dieser Finanzkonferenz verknüpft haben könnten. Die Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß sie von derartigen Aussprachen nichts zu erwarten hat. Dennoch wäre es falsch, achlos an solchen Konferenzen vorbeizugleiten und die Tendenzen zu ignorieren, durch deren Verfolgung eine Ueberwindung der durch den Weltkrieg ausgelösten Weltwirtschaftskrise erhofft wird. Denn daß die heutige Krise sich keineswegs auf die strategisch unterlegenen Länder beschränkt, sondern in mehr oder minder scharfer Form sowohl Sieger wie Besiegte umspannt, das ist gerade durch die von den Vertretern der einzelnen Länder gegebenen Finanzberichte aufs neue bestätigt worden. Die Erschütterung aller Währungsverhältnisse hat sowohl die Wirtschaft der Länder mit hochstehender Valuta wie der mit tiefliegender Valuta unterhöhlt. Wohl ist es einzelnen am Kriege unbeteiligten gewesenen Ländern gelungen, sich von früheren Verschuldungen dem Auslande gegenüber freizumachen, aber alle diese Länder leiden zugleich an einer gewaltigen Abnahmskrise. Gerade der hohe Stand ihrer Valuta, aus dem sie bisher so außerordentlich großen Nutzen zur Gesundung ihrer Staatsfinanzen ziehen konnten, wird ihnen hierbei zum gefährlichsten Hindernis, da er ihrer Ausfuhr eine schier unüberbrückbare Schranke setzt und sie fast jeder Abfuhrmöglichkeit im Auslande beraubt. So hat denn der Außenhandel aller Länder mit hochstehender Valuta ein völlig abnorme Entwicklung genommen. All diese Länder leiden an einer zu massenhaften Einfuhr, der nur geringe Exportziffern gegenüberstehen.

Es ist nur zu leicht verständlich, daß das Valutaproblem auch in den Mittelpunkt der Brüsseler Konferenz gerückt und Gegenstand zahlreicher Abhandlungen und großzügiger Reformpläne geworden ist. Eine erschöpfende Lösung dieses Problems ist die erste und notwendigste Voraussetzung, wenn überhaupt die Wirtschaft wieder einigermaßen gesunden soll. Aber die Delegierten in Brüssel mühten nicht Vertreter kapitalistischer Staaten und kapitalistischer Weltanschauung sein, um nicht in ständigen Widerstreit der einzelnen Interessengruppen zu geraten. So wird denn dieser Widerstreit jede Lösung des Valutaproblems verhindern und nur die Vernichtung des kapitalistischen Prinzips überhaupt den Weg zu neuer wirtschaftlicher und kultureller Gesundung der Völker freimachen.

Einige besondere Beachtung verdient der von dem Vertreter Deutschlands überreichte Finanzbericht. Er stützt sich im wesentlichen auf die schon kürzlich vom Finanzminister Wirth bekanntgegebenen Zahlen. Neu waren nur die über unsern Außenhandel gemachten Angaben. Demnach hat bis zum April d. J. die Einfuhr nach Deutschland in der Handelsbilanz ganz gewaltig überzogen. Im Jahre 1919 hatten wir einen Gesamteinfuhr-Überschuß von 22 Milliarden Mark und in dem ersten Vierteljahr 1920 einen solchen von 6 Milliarden. Da trat der ungeheure Valutasturz in Deutschland ein und nun verschob sich das Bild. Der Monat April zeigt zum erstenmal einen Ausfuhrüberschuß von 576 Millionen Mark und im Monat Mai steigt dieser schon auf 1,1 Milliarden Mark.

Von welsch anderen Rückwirkungen der Valutasturz aber gleichzeitig noch begleitet war, das zeigt der Bericht ebenfalls, denn es wird ausdrücklich bemerkt, daß mit der sprunghaften Entwertung der Mark, die ihren vorläufigen größten Tiefstand im Februar und März dieses Jahres erreichte, alle Warenpreise in Deutschland um das Vielfache gestiegen sind. Diese Preissteigerung beschränkte sich aber keinesfalls auf die vom Auslande bezogenen Waren. Auch die im Inlande erzeugten Produkte machten vielmehr den tollen Sprung mit, denn je höhere Preise die deutschen Erzeuger infolge des Valutasturzes im Auslande erzielen konnten, um so höher schraubten sie ihre Preise fürs Inland.

So ist denn die aktive Handelsbilanz der Monate April und Mai alles andere als ein Zeichen der Gesundung der deutschen Wirtschaft.

Interessanter noch sind die von dem deutschen Vertreter gemachten Mitteilungen über die deutsche Steuerreform. Man erwartet von ihr für das Jahr 1920 allein eine Einnahme von 37,2 Milliarden Mark und hoffe allen Ernstes auf diese Weise die Notenerzeugung zum Stillstand zu bringen. Auch der Besitz sei in Deutschland „auf das härteste“ zur Steuer herangezogen worden, nachdem schon vorher „fast die gesamten Kriegsgewinne mit Beschlag belegt“ wurden.

Nun hat ja in Deutschland noch kein Mensch einen enteigneten Kriegsgewinnler gesehen und auch der deutsche Vertreter in Brüssel weiß so gut wie wir, daß die von ihm als großzügig gepriesene deutsche Steuerreform nicht so sehr auf dem Besitz als auf der Arbeit selbst lastet und, abgesehen von den wieder auf die breite Masse der Schaffenden überwälzten indirekten Steuern, allein der Einkommensteuer ein Drittel aller Einnahmen zuweist. Aber es ist offensichtlich, daß der deutsche

Profite der deutschen Textilindustrie

Zu den Industrien, welche die Hochkonjunktur der letzten Monate und die Anarchie der heutigen Wirtschaft am rück-sichtslosesten ausbeuteten, gehört neben der Schuhindustrie vor allen Dingen die deutsche Textilindustrie. Nach einer kürzlichen Zusammenstellung des „S. T.“ wurden folgende Dividenden verteilt:

Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Bremen: 12 Prozent und außerdem ein Bonus von 500 Mark auf 1000 Mark Aktienbesitz. Das entspricht einer Dividende von 62 Prozent! Das Betriebsergebnis in dem abgeschlossenen Betriebsjahr hat sich gegenüber dem Vorjahre und selbst gegenüber dem letzten Friedensjahre vervierfacht.

Die Bedburger Wollindustrie Alt-Gei. verteilt 25 Prozent Dividende. Im letzten Friedensjahre konnte überhaupt keine Dividende zur Ausschüttung gelangen.

Die Bremer Wollkammerei bringt 20 Prozent Dividende zur Verteilung.

Die Baumwollspinnerei Mitweida hat einen Reingewinn von 8,7 Mill. Mark gegenüber 2 Mill. Mark im Vorjahre sowie im letzten Friedensjahre. Trotz ungewöhnlich hohen Abschreibungen verteilt das Unternehmen 35 Prozent Dividende.

Die Rheinische Möbelstoffweberei in Barmen schüttet 20 Prozent aus.

Ferner verteilen: Aktienspinnerei Nachen 32 Prozent; Concordia Spinnerei und Weberei in Lunzlau 16 Prozent; Gladbacher Textilwerke vorm. Schneider u. Jansen 25 Prozent; Gladbacher Wollindustrie G. E. L. vorm. Jochen 30 Prozent; Deutsche Wollwarenmanufaktur Grünberg 30 Prozent; Deutsche Jutespinnerei und Weberei Reichen 4 1/2 Prozent; Johannes Girmes & Co. 25 Prozent; Wollspinnereien 20 Prozent; Sächsisches Nähfabrikat vorm. R. Hegdenreich 24 Prozent.

Dieses Unternehmen hat in früheren Jahren nie eine Dividende ausgeschüttet können. Ähnliche Gewinne verzeichnen noch viele andere Unternehmen der Textilindustrie.

Hierbei bleibt zu beachten, daß die Dividendenbeträge allein noch kein volles Bild über die wirklichen Ertragnisse ergeben, sondern daß ein großer Teil des Gewinnes in den Abschreibungen versteckt gehalten wird. Außerdem sind viele Dividenden schon durch Bezugsrechte oder weit unter dem Kurswert ausgegebene Aktienanteile verwässert worden. Selbst das „S. T.“ kann sich angesichts dieser unglaublichen Gewinnsteigerungen in der Textilindustrie nicht der Bemerkung enthalten, daß diese weit über das Maß hinaus-schießen, das mit dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse noch verträglich ist. Gerade durch dieses rücksichtslose Vorgehen des Unternehmertums sei auch die Geldentwertung nicht unerheblich gefördert worden.

Diese Bemerkung ist zweifellos richtig. Darüber hinaus hat diese Gewinnsucht noch weit nachhaltigere Gefahren im Gefolge, die in letzter Zeit schon mehrfach in Betriebsein-schränkungen und Betriebsstillegungen in Erscheinung getreten sind. Die künstlich noch über alle Notwendigkeiten hinaus gesteigerten Preise der Textilwaren haben immer weitere Massen zum unfreiwilligen „Käuferstreik“ gezwungen und den deutschen Inlandsmarkt als Abnehmer größten-

teils ausgeschaltet. Da infolge der Valutabesserung aber auch das Ausland als Käufer fast gänzlich ausgeschaltet wird, so befindet sich die deutsche Textilindustrie heute in einer ähnlichen Krise wie die Schuhindustrie.

Diese Krisen offenbaren den ganzen Unsinn der heutigen Privatwirtschaft; denn während auf der einen Seite die Massen nach Waren hungern, wird die Produktion auf der andern Seite stillgelegt. Die von keinen Rücksichten gehemmte Raffgier der Kapitalisten hat somit selbst die Grundlagen für ihre weitere Existenz untergraben.

Lenin über die Lage an der Front

Kopenhagen, 5. Oktober.

Wie der Zeitung „Politiken“ aus Helsingfors telegraphiert wird, erstattete Lenin auf dem allrussischen Kongress in Moskau einen Bericht über die Lage an den Fronten und erklärte, es sei unzweifelhaft, daß die Entente den Kampf der Polen und General Wrangels gegen Sowjetrußland unterstützen. Ein Winterfeldzug werde kaum zu vermeiden sein. Die militärische Macht und die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands böten jedoch genügend Gewähr für den endgültigen Sieg.

Neue Hilfe für Wrangel.

Charbin, 4. Oktober. (Hanas.)

General Peshchik, der den Oberbefehl über die allen umgruppierten Armeen Kollischals in Transbaikalien übernommen hat, erklärte dem General Wrangel namens seiner Truppen telegraphisch, daß er sich ihm vollständig unterordne und ihn als Oberbefehlshaber anerkenne.

Freiwilligentrutierung in Gefangenlagern.

III. Warschau, 5. Oktober.

Der ukrainische Heeresführer Macho ist in Warschau angekommen und hat in diesen Tagen russische Gefangen in Lager in Stalmezyczo und Ostromo besucht. Aus diesen Gefangenlagern werden Freiwillige herausgezogen und zu besondern Formationen, unter Führung des Generals Bobozko zusammengestellt, die dem Oberbefehl Sawienkos unterstehen.

Polnischer Frontbericht.

III. Warschau, 5. Oktober.

Amlicher Heeresbericht vom 4. Oktober. Die vordersten Patrouillen der nördlichen Verfolgungsabteilungen, die längs der Chaussee Lida-Kowo-Gobel-Mir vorgehen, überschritten am 3. d. M. die Njemen-Linie zwischen Ma-Tolpec. Nach siegreichen Kämpfen bei der Linie der ehemaligen russischen Schützengräben haben Kosener Abteilungen östlich von Beranowitsch Alswierz und Kied eingenommen. Die Polnische Gruppe hat nach vollendeter Umgruppierung im Raume von Logozon und Vinst in zwei Tagen trotz des schweren Widerstandes die Linie Malowice-Salon-Leniniec-Ladon-David-grodel erreicht. Die Eisenbahnlinie Lida-Baranowitsch-Luniniec-Jarny-Kowno ist dadurch vollständig von unseren Truppen besetzt.

Deutschland in der Welt voran

Schwere Abhandlung des Dr. Magnus Hirschfeld

Es ist wahrlich nicht leicht, das schwer erschütterte Ansehen Deutschlands als einer Kulturnation zu verteidigen. Die meisten Vertreter des deutschen nationalen Gedankens häufen fortgesetzt Handlungen auf Handlungen, die jeder Kultur, jeder geistigen Durchdringung des nationalen Gedankens entbehren, die an Gemeinsamkeit und Kohäsion so ziemlich das Höchstmögliche darstellen, was auf diesem Gebiet zu leisten ist. Wir erinnern an die zahllosen Versammlungsstrebungen und Verhandlungen der Referenten und Versammlungsbeförderer in pazifistischen oder demokratischen Versammlungen. (In sozialistische wagen sich die Herrschaften nicht, aus Respekt vor den Arbeiterkassen.) Es sei weiter erinnert an die Fehle gegen Einstein und Nikolai, an die rüde und unerschämte Agitation an den Universitäten, an die wiederholte Besudelung des Hamburger Heine-Denkmal, an die Entfernung von Kränzen vom Weimarer Goethe-Schiller-Denkmal, die von der Arbeiterjugend dort niedergelegt wurden und als neuestes Beispiel der widerliche, antisemitische Feldzug gegen den Genossen Dr. Löwenstein.

Dieser Kennzeichnung eines in sich verrotteten, jeder Argumentation und Diskussion baren Nationalismus schließt sich die neueste Heldentat würdig an. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus München:

Der bekannte Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld hielt gestern Abend in München einen Vortrag über die Steinach'sche Verhängungstheorie. Die Veranstaltung wurde von deutschpöblichen Elementen durch wüste Tumulte antisemitischen Charakters gestört. Nach dem Vortrag wurde Dr. Hirschfeld auf der Straße von einer Reihe junger Burken überfallen und so schwer mißhandelt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Uns hier mit diesen Elementen auseinandersetzen zu wollen, hieße dem ganzen deutschpöblichen Pack zu viel Ehre antun. Man soll aber nicht erstaunt sein, ob des Echos, das diese Vorkommnisse im Ausland hervorrufen. Wenn man sich so als hervorragender Vertreter des Deutlichkeitums bezeichnet, muß man sich auch gefallen lassen, daß dieses Deutlichkeitum während eines geschäftigt wird.

Die Reaktion in Bayern

Mißachtung der Immunität

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Eisenberger ist am Montag wegen Hochverrat zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. In Uebereinstimmung mit der reaktionären Mehrheit des bayerischen Landtags, die die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt hatte, lehnte auch das „Vollgericht“ die Anträge ab, die den Angeklagten unter dem Schutz der Immunität stellen wollten. Die Verurteilung erfolgte, weil einige Zeugen Eisenbergers Reden als „gotteslästerlich“ und aufreizend zum Klassenkampf empfunden hatten.

Die Reaktion in Bayern wütet hemmungslos. Ohne Rücksicht auf Gesetz und Recht verfolgt sie alle diejenigen, die das Proletariat zum Kampf gegen seine Feinde zu erwecken suchen.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages wird sich heute mit dem Antrag der Unabhängigen auf sofortige Haftentlassung des gestern verurteilten kommunistischen Abgeordneten Eisenberger beschäftigen. Dem Vernehmen nach werden die Koalitionsparteien den Antrag ablehnen.

Reaktionsberatungen der Deutschen Volkspartei. In den Beratungen der Fraktion der Deutschen Volkspartei in Weimar nahm die Fraktion scharf Stellung gegen die Hinauschiebung der preussischen Wahlen, die auf das Bestehen der Sozialdemokratie, ihre Nachstellung in Preußen über das berechnete Maß hinaus auszunutzen, zurückzuführen sei. Dann forderte sie eine Einigung mit anderen Parteien über die Persönlichkeiten des neu zu wählenden Reichspräsidenten. Endlich wurde betont, daß die Fraktion an der gegenwärtigen Koalition festhalte. Für die Partei bestehe bei der Haltung der Sozialdemokratie zu der Regierungsbildung keine Veranlassung, die Frage einer Erweiterung der Koalition nach links weiter zu erörtern.

Bergarbeiterbewegung in Belgien. „Le Peuple“ teilt mit, daß das Zentralkomitee der Bergarbeiter im Vorzuge mit 15 gegen 12 Stimmen dem Streik im Prinzip zugestimmt hat.

Weißenhof: 356 bzw. 460.
Werder: 46 bzw. 18.
Bernau: 42 bzw. 21.
Birkendorf: 46 bzw. 1.
Bittenau: 124 bzw. 39.
Birkhof: 47 bzw. 13.
Wollersdorf (b. Ludenwalde): 4 bzw. 17.
Zehdenick: 50 bzw. —.

15. Distrikt

Der Bericht von der Generalversammlung vom 28. September entspricht nicht den Tatsachen. Jeder Parteigenosse, der an der Versammlung nicht teilnehmen konnte, mußte nach diesem Bericht zu der Auffassung kommen, daß der alte Vorstand sein Amt nicht abgelegt hat und ein neuer zu Recht besteht. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Die Versammlung des 15. Distrikts ist mit der Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zum Parteitag und Wahl von zwei Genossen zur Aufstellung der Liste der Kandidaten einberufen worden. Nachdem die Tagesordnung bekanntgegeben war, reichte Genosse Perle einen Geschäftsordnungsantrag ein, der Vorstandswahl als zweiten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wissen wollte. Vor Beginn der Versammlung hatte der Stützpunkt eine Sitzung im kleinen Saal deselben Lokals. In dieser Sitzung wurde beschlossen, die Vorstandswahl vorzunehmen. In der Versammlung, die am Freitag, den 24. September, in der Wollersdorfer Straße, wurde der gleiche Antrag bereits mit 600 gegen 50 Stimmen abgelehnt und dem Vorstand des Vertrauens ausgetrieben. Bei dem Kampf um den Vorstand handelt es sich nicht darum, daß man an den Vorstandmitgliedern etwas auszusetzen hat, sondern wie man klar angedeutet, weil man in Besitz der Kasse und des Materials kommen wollte, und weil der Vorstand Gegner der Bedingungen war. Dieses ist extra nicht in der Versammlung erklärt worden, sondern in der Distriktskonferenz.

Es setzte nun eine wilde Geschäftsordnungsdebatte ein. Da der Geschäftsordnungsantrag unzulässig war, wollte der Vorstand ihn nicht zulassen, mußte aber abstimmen lassen, um die Tagesordnung erledigen zu können. Nachdem die Wahlen erledigt waren, setzte wieder die Geschäftsordnungsdebatte, organisiert durch den Stützpunkt, ein und da diese vermehren ausartete, als wenn im Saal der größte Feind des Proletariats saße, der Vorstand aber unter allen Umständen verhindern mußte, daß Bruderkämpfe stattfinden, wurde die Versammlung geschlossen. Ein Amt hat niemand niedergelegt. Genosse Gerlach als zweiter Schriftführer hatte kein Recht, die Vorstandswahl vorzunehmen. Der alte Vorstand besteht also noch zu Recht. Er wird aber, wenn es der Wille der Mitglieder ist, seine Ämter niederlegen und eine Generalversammlung einberufen, mit der dazu notwendigen Tagesordnung, wie es sich für jede ordnungsmäßig geleitete Organisation gehört. Ueberrumpelungen, auch wenn sie noch so gut organisiert sind, werden wir immer verstehen abzuwehren. Kämpfe gegen bewährte Parteigenossen, die man in diese Ämter gedrängt hat, sollte man unter allen Umständen unterlassen, weil man dadurch die Arbeitsfreudigkeit herabsetzt. Aber Personen, die sich zu Ämtern drängen, die soll man sich genau ansehen. Wir haben schon zu trübe Erfahrungen mit solchen Personen gemacht.

Die Urwahl im Reiche

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Leipzig, 5. Oktober.

In Leipzig ergab die Urabstimmung bis jetzt 12 723 Stimmen gegen die Bedingungen, 8448 für die Bedingungen. Es haben etwa 35 Prozent der Mitglieder abgestimmt, fünf kleine Orte stehen noch aus. Im ehemaligen 11. Wahlkreis, Grimma-Diakon, sind gewählt: 1000 Stimmen gegen und 250 für die Bedingungen. Im ehemaligen 14. Wahlkreis Borna-Burg wird sich eine Zweidrittel-Mehrheit der Gegner der Bedingungen ergeben.

In Groß-Dresden sind 780 gegen die Bedingungen, 845 dafür. Eine große Reihe von Ortschaften stehen noch aus. Es dürfte sich ergeben, daß sich beide Richtungen die Waage halten.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Bremen, 5. Oktober.

Bei der Urwahl in Wilhelmshaven stimmten 222 für und 287 Genossen gegen die Mostauer Bedingungen. — In Oldenburg-Land stimmten 70 für und 408 Genossen gegen die Bedingungen.

Salzwedel, 5. Oktober.

Das Ergebnis der Urwahl für Salzwedel-Stadt ist: 10 Stimmen für, 283 Stimmen gegen die Mostauer Bedingungen.

Vertreter mit seinen Behauptungen Eindruck unter den anderen Vertretern auslösen wollte. Starke Eingriffe in den Privatbesitz in Deutschland könnten sehr leicht auch den Besitz in andern Ländern in Gefahr bringen. Wie sich aber deren Vertreter gerade als wachsamste Hüter des Privateigentums betrachten, das zeigen gleich die drei am 27. September gehaltenen Referate des Vizepräsidenten Brand, des belgischen Finanzministers De la Croix und des englischen Delegierten Lord Chamberlain. Alle drei vertrauen einmütig die Auffassung, daß Kapitalsteuern schädlich seien und die Wirtschaft lähmen. Brand forderte sogar, alle unproduktiven Ausgaben abzubauen und nannte als Beispiele die Arbeitslosenunterstützungen und die Zuschüsse zur Verbilligung von Brot und Kohlen. Arbeit und Entbehrung mühten die Voraussetzungen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts und einer Ordnung der Weltverhältnisse sein.

Eine ganz gleiche Tendenz durchzog auch die Reden der übrigen Delegierten und auch der deutsche Vertreter bewegte sich auf demselben Gemeinplatz, denn er meinte, es mühten von allen Seiten Opfer gebracht werden, nicht nur von den Kapitalisten, sondern auch von den Arbeitern. Als wäre nicht gerade das schaffende Volk der am meisten unter der heutigen wirtschaftlichen Not leidende Teil, als wäre ihm nicht längst das Notwendigste zum Leben verwehrt.

Die auf diesem vom Völkerverband einberufenen Kongress gehaltenen Reden haben deutlich die Pläne eben dieses Völkerverbandes enthüllt. Nicht darum geht es ihm, den Menschheitsaufbau zu wahren, sondern das internationale Kapital in seinem Bestand auch vor der heutigen wirtschaftlichen Erschütterung zu schützen. Was immer auch die weiteren Beratungen der Unterkommissionen ergeben mögen, es könnte nur auf eine stärkere Zusammenfassung des internationalen Kapitals gegen die internationale Arbeiterchaft hinauslaufen.

Weitere Ergebnisse der Urwahl

Teltow-Beeslow

In Ergänzung unserer Meldung über den Ausfall der Urwahl geben wir nachstehend weitere Ergebnisse bekannt:

- Mit-Glienitz: 61 für, 54 gegen.
- Mit-Golm: 12 bzw. —.
- Grünau: 10 bzw. 13.
- Klein-Kreis: 6 bzw. 17.
- Hariendorf: 131 bzw. 176.
- Schöneberg: 663 bzw. 636.
- Spreenhagen: 15 bzw. 2.
- Storfow: 12 bzw. 25.
- Tempelhof: 192 bzw. 133.
- Zernsdorf: 15 bzw. 10.

Insgesamt abgegeben bisher: 7541 bzw. 7407.

Es fehlen noch 14 Orte.

Potsdam 4

- Bernau: für 54, gegen 88.
- Biesdorf: 30 bzw. 35.
- Brandenburg a. H.: 73 bzw. 116.
- Dahme: 21 bzw. 36.
- Glindow: 65 bzw. 2.
- Hohenschönhausen: 109 bzw. 73.
- Hermisdorf: 139 bzw. 59.
- Herzfelde: 98 bzw. 44.
- Jüterbog: 14 bzw. 28.
- Kaderleben: 2 bzw. 19.
- Kalkbreite-Rüdersdorf: 103 bzw. 23.
- Kaputt: 27 bzw. 30.
- Kautsdorf: 24 bzw. 14.
- Mahlsdorf: 63 bzw. 7.
- Niederschönhausen: 175 bzw. 202.
- Oberberg: 4 bzw. 13.
- Oranienburg: 80 bzw. 30.
- Rehwalde: 43 bzw. —.
- Rehitz: 13 bzw. 2.
- Rathenow: 2 bzw. 32.
- Rosenthal: 146 bzw. 31.
- Rüthgenhals: 67 bzw. 49.
- Sarmund: — bzw. 36.
- Seefeld: 48 bzw. 9.
- Spandau mit Groß-Glienitz: 197 bzw. 280.
- Tegel: 268 bzw. 125.

Hunger

Roman von Knut Hamsun

Wir beginnen in unserer nächsten Morgenausgabe mit dem Abdruck von Knut Hamsuns Roman „Hunger“, der den Ruhm des jüngst mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Dichters begründete und durch alle Länder trug. Hamsun hat lange kämpfen und darben müssen, bis er die Anerkennung seines dichterischen Schaffens fand. Er stammt von Bauern ab, und gerade in seinen letzten Werken zieht es ihn wieder zur Scholle hin. Sein Geburtsname ist Knut Pedersen. Der Name Hamsun rührt von dem norwegischen Bauernhof her, auf dem er aufgewachsen ist. In seiner Jugend wanderte der junge Kowweger auf Björnsons Rat nach Amerika aus, wo er als Schiffsjunge, Straßenarbeiter, Ladengehilfe, Straßenbahnführer usw. arbeitete und schließlich der Schwindsucht und dem Verhungern nahe war. Auch wurde er „anarchistischer Gesinnung“ wegen verfolgt und scharf bewacht. Als er voller Todesgedanken im Zwischendeck nach Norwegen zurückkehrte, mietete er ein Zimmer am Sankt Hansmarkt und setzte sich dorthin, um zu hungern. Aber als er hungerte, schrieb er — so erzählt der ihm befreundete Professor Anderson — nach und nach seine Gefühle nieder und bald hatte er ein Kapitel eines Buches fertig, das er „Hunger“ nannte. Nach der Veröffentlichung erregte es ungeheures Aufsehen und trug seinen Ruhm in die Welt. Männer, wie Georg Brandes und andere suchten ihn an. Sie fanden da ein abgemagertes Gestirp in einem leeren Zimmer sitzen, denn Knut Hamsun maß in aufrechter Stellung seine sechs Fuß und mehr. Der sechzigjährige, der die Qualen und Phantasien des Hungernden so unergleichlich schilderte und hier wie in seinen übrigen Werken (von denen besonders „Pan“ und „Mythen“ hervorgehoben seien) an die Geheimnisse alles Seelenlebens rührte, zieht die Schüler von oft trügerisch verhällten Räten und spricht aus der Tiefe seines umfassenden Menschentums zu uns.

Räthe Kollwigh-Ausstellung

In der Arbeiter-Kunstaussstellung, Petersburger Straße 39, täglich von 5-7 Uhr geöffnet, offenbart sich die Welt des Proletariats aufs allerstärkste in den Bildern von Räthe Kollwigh, die man sonst allzu selten sieht. Auch in Wien waren jetzt ihre aufstrebenden Proletarierbilder aus den verschiedensten Schaffenszeiten der großen Berliner Künstlerin zu sehen, und die „Wiener Arbeiterzeitung“ schrieb zu dieser Ausstellung in einer trefflichen Einführung:

In den Radierungen und Lithographien von Räthe Kollwigh sind keine an sich bedeutenden, besonderes Interesse oder den Verstand anregende Dinge zu sehen: Proletarierfrauen und Proletarierkinder mit reizlosen, eher abstoßenden, uninteressanten Ge-

sichtern bilden den bevorzugten Gegenstand ihrer Kunst. Aber in diesen reizlosen, uninteressanten Proletariergestalten erkennen wir nicht bloß Proletarierkinder, wir erleben in ihrem Anblick den ganzen trostlosen, zur Verzweiflung treibenden Lebensinhalt des tiefsten Proletariats.

Mit diesem Fortschreiten zu monumentaler Vereinfachung geht Hand in Hand die immer steigende Bevorzugung der Lithographie vor der Radierung. In der Lithographie kommt die Sprache der weichen, aber alles jagenden Linien insofern ihrer wichtigeren Breite stärker zur Geltung. Auch dort, wo Räthe Kollwigh bei der Radierung bleibt, wendet sie der Lithographie näherkommende Techniken an. In einem ist aber die Künstlerin dieselbe geblieben. Durch ihr ganzes Werk geht derselbe herbe Zug, mit dem sie ihre Kunst begonnen. Aus allem, was sie geschaffen, spricht das Erlebnis des trostlosen, zur Verzweiflung treibenden und in der Verzweiflung schredlichen proletarischen Daseins. Und das ohne eine Spur von ausdringlichem Pathos und falscher Sentimentalität, nur schlichtes, wahrheitsgetreues inneres Erleben.

Und daher wird ihrer Kunst auch nur der, der ihr mit empfänglicher Seele entgegenkommt und nicht bloß mit dem Auge, gerecht werden, dann aber die Ueberzeugung gewinnen, edelster, ehrlichster und tiefster Kunst gegenüberzustehen.

Musik

Inseln im Berliner Musikmeer: Die Volksbühnenkonzerte, deren erstes am Sonntag Mittag das Theater am Bülowplatz füllte. Ein Bachprogramm (mit guter Einführung von Prof. Arnold Scheering), ausgeführt von einem Kammerorchester der Staatsoper mit Edwin Fischer als Orchesterleiter und befehlendem Erwecken der Töne am Flügel. Im D-Moll- und F-Dur-Konzert sowie in der Es-Dur-Organfuge, von Busoni einbringlich frei für Klavier bearbeitet, rief er zu starker Höhe empor. Seine Kunst kam auch dem Busch-Quartett zugute, das in diesem Winter sich die Wiedergabe aller Beethovenquartette, Trios usw. zum Ziele gesetzt hat und dieser großen Aufgabe sich schon bei Beginn meisterhaft gemacht zeigte. Von Klavierabend bei La Mbrino hervorgehoben, der als Chopinpieler neuen Wuchs offenbarte. Von den Meisterkonzerten war das erste Beethoven zum bevorstehenden 100. Geburtstag gewidmet. Unter dem Münchener Dirigenten Bruno Walter erklang die Pastorale-Symphonie aufs Schönste und zur Egmont-Musik brachte Ludwig Wöllner als klassischer Rhapsode den Goetheschen Text. Manchmal gibt Wöllner einen Niederabend, kommt dann nicht an herrlicherer Rede und homerischer Sänger, sondern malt in seiner herrschaftlichen Art keine Redaktionen und Wäpfer, wobei er als Nachfahre einer verkommenen Darstellungsart erscheint. Von weiblichen Gesangskräften hat jetzt wohl die Hoffmann-Dege in den kürzesten Lauf, wie ja auch ihr schwelendes Organ die naturförmigste Anpandung ausbildet. An ihrem Schubert-Abend reichte die Philharmonie für sie kaum noch aus. Die vollstäm-

lichen Veranstaltungen des Bühnenreformers unter Reprowitz und die des Orchesters des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg verdienen auch künstlerisch steigende Beachtung. Schließlich sei noch einer Umbeziehung des neuinstudierten „Tristan“ in der Staatsoper gedacht: Carl Braun gab dem König Marke sein klangvolles Gepräge, während Herr Harisch, der stets so Lächliche, in den Kurvenal erst noch hineinwachsen wird. Frau Arndt-Ober, eine gute Brangäne, steht an gefälltem Klang hinter Karin Brangell zurück. Die von Schillings geleitete Aufführung erhält ihren Glanz vom Orchester und der sanft strahlenden Färbung der Frau Wilhelmina, aber auch der Triana des Herrn Man erschien in seiner ersten Hingabe noch bezwingender als beim ersten Male. Im Liebes-Wechselgespräch des zweiten Aktes erlang es wie Keosbarfen der Nacht.

Max Bruch ist, wie bereits berichtet, nach langer Krankheit als 82jähriger gestorben. Seine Musik, deren Schwerpunkt in seinen großen Chorwerken Freitisch (1803), Opheus (1873) und dem „Lied von der Glode“ (1878) liegt, hat die Zeit lange überdauert. Nur sein Violin-Konzert in G-Moll, das in ganzem Schwung alle Bedingungen dieser Musikgattung erfüllt, ist bis auf den heutigen Tag noch lebendig geblieben. Jeweils ein kraftwüthiger Erfinder eigener Melodien, blieb Bruch selbst schon in seiner Fröhslichkeit in der Spätreife des Gemeinen stecken und schwang sich nie zu eigener, grundlegenden Art auf, die ihm Bedeutung in der Geschichte der Musik verschaffen könnte.

Neues Bauen

Groß-Berlin hat für sofort zu beginnende Kostbararbeiten 200 000 000 Mark mobil gemacht. Das ist gut, denn Arbeit wollen wir und fordern wir als unser Recht. Was geht nun vor? Es sollen mit den zweimal Hundert Millionen Mark vorwiegend solche Arbeiten finanziert werden, die 1. dem Tiefbau und Verkehrswesen und die 2. dem Volksgesundheitswesen dienen. Es sollen ganz besonders Sport- und Spielplätze geschaffen und erweitert werden. Es sollen Friedhöfe und Friedhofserweiterungen, öffentliche Gartenanlagen im Stadtbild Groß-Berlins und vor den Toren geschaffen werden. Hier, Genossen u. a. Leser, weise ich auf Heft 16 der „Freien Welt“ vom 6. September 1919 hin, in der ich wichtige Punkte zur Zweiparfrage erörterte. Wer entwirft die Pläne für derartig wichtige volkswirtschaftliche Anlagen in Berlin? Gemeindevorsteher und Genossen der U.S.P.D.! Helft mit der Forderung zu unterstützen, daß bei allen Kostbararbeiten, die aus Mitteln der produktiven Erwerbstätigenherausgegeben werden, daß ferner ein sofortiges Verbot für alle Bau- und Gartenormalungsbeamten erlassen wird, Zeichnungen oder Änderungen von vorliegenden Entwürfen, Entwürfe zu Sport-, Spiel-, Tierparks und Friedhöfen nebst Erweiterungen, für städtische und öffentliche Neubauten, für Privatbauten jeder Art zu machen. Ferner beantragt, daß die früheren sogenannten künstlerischen und Bau-

Proletarier aller Länder, helft uns!

Seit August 1919 zeigten sich die vom weißen Terror in Ungarn erbarmungslos verfolgten Scharen von Männern, Frauen (die Mitglieder proletarischer Organisationen waren), Kindern, Greisen und Säuglingen, die irgendwie mit der proletarischen Revolution in Verbindung gebracht werden können, ununterbrochen nach Wien als der ersten Hilfsstation in Europa.

Die Hieb-, Stich- und Brandwunden auf ihren verhungerten und entkräfteten Körpern, die Knochenbrüche usw. zeugen dafür, daß die Leiden, von denen sie berichten, grenzenlos und unbegreiflich sind.

Mit Aufhebung des Weisheitsbuchs hat ein noch härteres Zurückdrängen der politisch Verfolgten nach Wien eingeleitet. Zunächst ohne Ausweispapiere, ohne Geld, ohne Lebensmittel, ohne Kleider, Wäsche, Schuhe, schließlich beseitigt durch den Schmach, der man ihnen in Kasernen, Kerker und Internierungslagern angetan, langen sie an und — nur minimale Hilfe kann ihnen geboten werden.

Ihre Zahl ist so groß und wird immer größer, so daß trotz der größten Aufopferung des österreichischen Proletariats die Mittel der Wiener Wohlfahrtsaktion in zwei Wochen gänzlich erschöpft sein werden.

Die Wohlfahrtsaktion hat bisher fast eine halbe Million Kronen an Sozialisten und Kommunisten

ohne Unterschied der Richtung

angebracht. Hilft das internationale Proletariat nicht rasch und ausgiebig, so verfallen die Flüchtlinge dem größten Elend, denn die Wohlfahrtsaktion mühte sich — ohne Mittel — anzuheben. Es gilt den Flüchtlingen

auf allen Gebieten zu helfen.

Ernährung, Bekleidung, Arbeitsmöglichkeit, Weiterreise, Geldunterstützung, Gesundheits- und moralische Hilfe, dessen bedürfen die Flüchtlinge schnellstens. Ein strenger Winter naht, und tausende von Flüchtlingen sterben schon im kalten Herbst in zerrissenen Sommerkleidern, sind ohne Schuhe.

Nur allen Berufsgruppen angehörend, sind die Flüchtlinge bereit, überallhin zu reisen, wo sie im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsgremien, Arbeit welcher Art immer bekommen können. Deshalb bitten wir

alle Arbeitenden, alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Welt und alle Zeitungen des Proletariats,

gleichwie welcher Richtung sie angehören, sowie alle gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungen, der unterfertigten Wohlfahrtsaktion, die zwischen hungernden und bedürftigen Genossen aller Nationen keinen Unterschied macht, überall durch Sammlungen ihre schwere Arbeit zu erleichtern und sowohl Geld und Lebensmittelpakete als auch entbehrliche Wäsche, Kleider, Schuhe usw., endlich Nachrichten über Arbeitsmöglichkeiten an untenstehende Adresse gelangen zu lassen.

Proletarier aller Länder, helft uns!

Wien, im September 1920.

Für das Österreichische Komitee der Wohlfahrtsaktion für Flüchtlinge aus Ungarn:
Sekretariat der Wiener Wohlfahrtsaktion für Flüchtlinge aus Ungarn.

Ferdinand Glarek, Parteisekretär Theresie Schlegler, Vorsitzende.
Anton Jentsch, Kassierer. Richard Schwarz, Sekretär.

Alle Sendungen sind an die Wohlfahrtsaktion für Flüchtlinge aus Ungarn, Wien 5, Uchte Wienzeile 97, zu richten.
Am Nachdruck in allen Parte- und Gewerkschaftsblättern wird dringend erzuht.

Erhöhung der Kohlenproduktion

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ den monatlichen Nachweis über die Kohlenproduktion im Deutschen Reich. Danach ist in den Monaten Januar bis August 1920 die Erzeugung an Steinkohlen auf 84 178 261 Tonnen gegenüber 67 790 871 Tonnen im gleichen Zeitraum des Jahres 1919 gestiegen, die Erzeugung von Braunkohlen von 71 089 795 gegenüber 60 236 865 Tonnen, die Erzeugung von Koks auf 16 083 169 gegenüber 13 281 517 Tonnen.

beträte weder gegen Extrahonorar noch ehrenamtlich weiterbeschäftigt werden, sondern daß fähigen, erwerbslosen Architekten hier Verdienstmöglichkeiten geboten werden.

Bauwandlung. Im Anschluß an die Gründung einer Bauerschaft, hat sich in Darmstadt ein Kreis von Architekten aus verschiedenen Teilen Deutschlands zu einer künstlerischen Arbeitsgemeinschaft, unter dem Namen „Bauwandlung“, zusammengeschlossen. Als erste Aufgabe wird die Vorbereitung einer Architektur-Ausstellung Darmstadt 1921 in die Wege geleitet und veranschlagt, ein anschauliches Bild der neuen Bauform in gemalenderhändlicher Weise zu zeigen.

Journalistengrenze. Es ist der Mühe nicht wert, die Armlosigkeit zu widerlegen, womit einige verworfene Schriftsteller unter uns die wenigen unvermeidlichen Unglücksfälle, die eine große Revolution notwendig mit sich bringen mußte, als Enormitäten der ersten Größe und als Schandfäden der Geschichte darzustellen bemüht sind, indessen sie den systematischen Mord von tausenden, durch den Ehrgeiz leitenden Despoten und die langsame Vergiftung der Freuden von Hunderttausenden und die Erpreßung unerschwinglicher Abgaben für nichts achten oder wohl gar als rühmvolle Taten mit ihrem feilen Lobe vor dem Fluch der gegenwärtigen und kommenden Generation zu sichern hoffen. (Georg Forster, Ansichten vom Niederrhein. 1790. Verlag Neclam, Bd. 2, S. 92.)

In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplanes am Mittwoch, den 6. Oktober, nicht „Götter von Persien“, sondern um 7 Uhr Schillers „Kabale und Liebe“ zur Aufführung gelangen.

Im Neuen Volkstheater findet am Sonntag, den 10. d. M. um 11 1/2 Uhr, die erste Morgenfeier statt, die Doktor Jowski gewidmet ist. Mitwirkende: Kose Liechtenstein, Fränze Kloss, Hans Sacharjczew.

Das Vortragstheater „Der Morgen“ veranstaltet mit Fränze Kloss vom Neuen Volkstheater in der Berliner Session, Aufstufendamm 222, am Dienstag, den 12. Oktober, 8 Uhr, den ersten Vortragabend: Wolfenstein, Jacob, George, Ellenberg.

Schönherers „Kindertragedie“ gelangt wegen Erkrankung eines Darstellers nicht Donnerstag, sondern erst Sonnabend im Kleinen Schauspielhaus zur Aufführung.

Steinachs Vortragsveranstaltungen. Unser Mitarbeiter, Genosse Dr. med. Leopold, Spezialarzt in Berlin, veranstaltet am Dienstag, 12. Oktober, im großen Saal des Vahrer-Vereinshauses einen Vortrag „Professors Steinachs Vortragsveranstaltungen und die Umwandlung des Geschlechtsverhältnisses“.

Zusammenfassung. Die Ausstellung „Das deutsche Buch“ wurde in Frankfurt a. M. gleichzeitig mit der Frankfurter Herbstmesse eröffnet. Sie ist von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel veranstaltet.

Die Kohlenproduktion hat sich also nicht unbeträchtlich gehoben gegen das Vorjahr. Leider sind die Zahlen aus dem Saarrevier und der Pfalz nicht bekannt. Im Vorjahre waren in diesen Revieren noch etwa 6,15 Millionen Tonnen gefördert. Im Monat August allein wurden gefördert: Steinkohlen 10 788 006 Tonnen gegen 8 836 054 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres, Braunkohlen 9 650 529 Tonnen gegen 8 191 588 Tonnen, Koks 2 227 938 Tonnen gegen 1 907 583 Tonnen.

Die Landwirtschaft gegen Kartoffelhöchstpreise

Ende September sind in einer Besprechung der Ernährungsbehörden mit den Spitzen der Landwirtschaft, den Kommunalverbänden und den Verbrauchern einstimmig die Richtlinien für die Kartoffelverföhrung aufgestellt worden. Sie bestimmen u. a., daß im freien Verkehr ein Erzeugerhöchstpreis von 25 M. nicht überschritten werden soll. Der volkswirtschaftliche Ausschuh des Reichstages hat wenige Tage vorher auf Antrag der unabhängigen Abgeordneten beschlossen, daß dieser Höchstpreis gesetzlich festgelegt werden soll. Es war bereits in dieser Sitzung außerordentlich kennzeichnend, daß dieselben Herrschaften, die zwei Tage zuvor diese Vereinbarung einstimmig gefaßt hatten, im volkswirtschaftlichen Ausschuh der gesetzlichen Festlegung dieses Teils der Vereinbarung heftig widersprachen.

Daß die Vereinbarung nur auf dem Papier stehen wird, und überhaupt nur darauf berechnet war, die Massen darüber zu täuschen, daß zur Verbilligung der Kartoffeln nicht das geringste geschehen wird, geht aus der Tatsache hervor, daß sich jetzt der Reichsausschuh der deutschen Landwirtschaft in einer Entschloßung offen gegen die vom volkswirtschaftlichen Ausschuh des Reichstages beschlossene Festlegung eines Kartoffelhöchstpreises wendet. Wenn er seine Stellungnahme damit begründet, daß dieser Beschluß jede Möglichkeit zu erfolgreicher Durchführung der zwischen den beteiligten Organisationen der Erzeuger des Handels und der Verbraucher getroffenen Vereinbarungen vernichtet, so ist das eine grobe Zerschlagung der Deffenzlichkeit. In Wirklichkeit bestätigt der Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses die zwischen den Behörden und den beteiligten Organisationen getroffene Vereinbarung und will ihr sogar gesetzliche Kraft verleihen. Aber dagegen wenden sich ja gerade die Landwirte, weil sie dann bei Uebertretungen dieses Preises strafrechtlich gefaßt werden können, während sie jetzt durch die freiwillige Vereinbarung in keiner Weise an dem Rahmen von Höchstpreisen gehindert werden.

Das Reichsernährungsministerium hat Hoher nichts getan, um den Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses auszuführen. Wir erheben gegen diese Sabotage-Maßnahmen den allerhöchsten Einspruch. Es gewinnt geradezu den Anschein, als ob die für die Ernährung verantwortlichen Persönlichkeiten sich nur noch ausschließlich als Beauftragte der landwirtschaftlichen Interessenten fühlen.

Die neue Verordnung über Bier

Die vor einiger Zeit schon angekündigte Verordnung betreffs einer Neufassung des erlaubten Stammwürzegehaltes des Bieres wird nun im „Reichsanzeiger“ vom 4. d. M. bekanntgegeben. Es darf von nun ab hergestellt werden Vollbier und Einfaßbier, die Fäbrilation von Starkbier ist verboten. Die Preise sind wie folgt festgesetzt: Einfachbier 130 M., Vollbier 180 M., Erzhöbier 127 M. für 100 Liter. Gleichzeitig veröffentlicht die Reichsregierung eine neue Verordnung über die Malzdarstellung der Bierbrauereien und den Malzhandel, nach der Brauereien in der Zeit vom 1. Oktober 1920 ab in jedem Kalenderjahr nur 30 Prozent der Malzmenge zur Herstellung von Bier verwenden dürfen, die sie in den entsprechenden Vierteljahre der Jahre 1912 und 1913 durchschnittlich verwendet haben. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt, inwieweit und in welcher Zeitfolge die Bierbrauereien beliebert werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichsrat monatlich, erstmalig zum 1. d. M., eine Nachweisung über den Stand der Belieferung vorzulegen. Das Direktorium der Verwaltungsabteilung der Reichsregierung hat die Mengen an Getreide, die auf die einzelnen Bierbrauereien gemäß dem Malzdarstellungsentfall festzusetzen und die zur Durchführung und Ueberwachung der Belieferung und der Verwendung erforderlichen Anordnungen zu treffen. Die Reichsregierung stellt den Bierbrauereien die festgesetzten Mengen zu liefern, und soweit sie die Mengen im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe geerntet haben, auf Antrag aus der eigenen Ernte freizugeben.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Immer weitere Kreise beschäftigen sich jetzt mit der Frage der Bekämpfung der in ungeheurer Menge sich verbreitenden Geschlechtskrankheiten. Nach den Ausführungen Dr. Loewers auf dem vor kurzem stattgefundenen Naturforschertag ist jedes 25. Kind syphilitisch. Bei der im Jahre 1917 erfolgten Untersuchung von 3000 Neugeborenen stellte er fest, daß 30 Prozent der unter suchten Kinder syphilitisch waren. Die Zahl der Geschlechtskranken in Deutschland wird gegenwärtig auf sechs Millionen geschätzt. Also jede 10. Person in Deutschland, Kinder und Säuglinge eingerechnet, ist geschlechtskrank. Wenn da nicht ganz energische Maßnahmen zur Bekämpfung getroffen werden, muß eine furchtbare Degeneration der Bevölkerung sich breit machen.

Im Februar 1918 wurde der erste gesetzgeberische Versuch der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gemacht. Die Bestimmungen des Strafgesetzes, auf Grund deren der Urheber einer Uebertragung von Geschlechtskrankheiten wegen Körperverletzung belangt werden kann, die Kasernierung und Kontrolle der Prostituierten, Wintern als Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten nicht angeprochen werden. Der 1918 unternommene Versuch blieb aber in den Ausschüßberatungen stecken. Eine Verordnung der diktatorischen Regierung der Volksbeauftragten vom 11. Dezember 1918 brachte den Anzeige- und Behandlungsparagrafen, der aber mit Ausnahme von Dresden nur bei Frauen in Anwendung gebracht wurde. Jetzt liegt ein neuer Gesetzentwurf vor, in dem die Behandlungs- und Behandlungsparagrafen erweitert sind, ferner das Kurpfuschverbot, das Auffüllungsgebot des Arztes, die Schweigepflicht der Beratungsstelle und das Gesundheitszeugnis für Frauen vorgeschrieben sind. In Lippe-Deimold ist seit dem 12. April d. J. durch Landesgesetz die öffentliche Anzeigepflicht durchgeföhrt worden. Es wird hohe Zeit, daß die Materie eine reichsgerichtliche Regelung findet. Jeder verlorene Tag vermehrt die Seuchengefahr und macht deren Bekämpfung und die Heilung der Opfer dieser pestartigen Krankheit schwieriger und langwieriger.

Der Streik im Zeitungsgewerbe

Die bürgerliche Presse verbreitet den Vorwurf eines Vergleichs vor dem Schlichtungsausschuh Groß-Berlin zwischen dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände mit dem Arbeitgeber-Verband für das Berliner Zeitungsgewerbe. Die Angehörigen dieser Organisationen hatten sich dem Streik der Angestellten im Zeitungsgewerbe nicht angeschlossen. Ein Vergleich mit diesen Organisationen bedeutet deshalb den Streik auch nicht. Der Streik, der von dem Zentralverband der Angestellten geföhrt wird, geht deshalb weiter.

Die Herrschaft der Weißgardisten

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Wir früheren Offiziere, Internierte aus Kiel, die wir uns jetzt im Lager Wildemann befinden, haben in Nr. 100 und 165 der Zeitung „Golos Russi“ Tatsachen veröffentlicht, die die Tätigkeit der Vertreter des Russischen Roten Kreuzes in Berlin brandmarken. Dazu gehört: Werbungen für die Weiße Armee, Einstellung der Versorgung mit Lebensmitteln, wenn man sich weigerte an irgend eine Front der Freiwilligenarmee zu gehen usw.

Seit diesen Veröffentlichungen sind mehr als zwei Monate vergangen, ohne daß die Vertreter des Russischen Roten Kreuzes diese in diskreditierenden Tatsachen dementieren konnten. Da die Vertreter des Russischen Roten Kreuzes nicht instande waren, dies zu tun — wir sind im Besitz des Beweismaterials — so haben sie, insbesondere Oberst W. A. Boguslawski, den Versuch gemacht und versuchen es noch jetzt, uns aus dem Lager Wildemann zu entfernen und in ein anderes Lager zu bringen, in dem unsere Freiheit beschränkt wäre, die wir als Schutzschleuse auf deutschem Gebiet genießen müßten. Die Ueberführung in ein anderes Lager wäre uns auch darum unerwünscht, weil wir in Wildemann die Möglichkeit haben, in den Steinbrüchen zu arbeiten.

Aber die Vertreter des Russischen Roten Kreuzes drohen und drohen uns mit der Anwendung deutscher bewaffneter Gewalt, wenn wir uns weigern, Wildemann zu verlassen.

Schon mehrfach hat Oberst Boguslawski von deutschen Behörden Papiere nach Berlin gefandt, die den Befehl zu unserer Ueberführung und Drohungen im Falle einer Weigerung unsererseits enthielten. Wir wandten uns dann jedesmal mit der Bitte um Aufklärung an die Wohlfahrtsstelle Nr. 6 Ruhland, und mit Hilfe von Vertretern dieser Institution sind die Verfügungen wieder aufgehoben worden.

Jetzt, am 26. September, versucht Oberst Boguslawski von neuem uns unter Bewachung deutscher Soldaten in das Lager Steinhöfen zu führen.

Es ist ganz unverständlich, wie in der deutschen Republik irgendwelche russische reaktionäre Offiziere für die Veröffentlichung von Tatsachen aus ihrer Tätigkeit mit der Anwendung von deutscher bewaffneter Gewalt drohen und versuchen können, ihre Drohungen auszuführen.

Wir wenden uns an die deutsche öffentliche Meinung mit der Bitte, mit der Aufforderung, uns vor der Vergewaltigung durch russische Reaktionen, die sich Vertreter des Russischen Roten Kreuzes nennen, zu schützen. Sergej Gul. Chudaschel Leo.

Den russischen Verschwörern, die in Deutschland seit Jahr und Tag ihr Unwesen treiben, scheint wieder mächtig der Kamm zu schwellen. Es muß ihnen endlich mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie in Deutschland nichts zu sagen haben.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Um die Unkosten für die Delegierten zum Partekongress in Halle zu decken, ist in der Geschäftsstellungs-Sitzung vom 27. September beschlossen worden:

Für den Oktober-Zahlbetrag hat jedes Mitglied eine Extrazahlung zu entrichten, die Männer zu 80, und die Frauen zu 60 Pf. Wir bitten, dem nachzukommen, um die Unkosten decken zu können.

Desgleichen erinnern wir an einen früheren Beschluß des Zentralvorstandes, daß alle überschüssigen Gelder der Diktatur der Zentralstelle zu überreichen sind.

Die Geschäftsstellung.

Landesjugendsekretariat, Sitzung Mittwoch, den 6. d. M., vormittags 9 Uhr, Zimmer 7.

Gewerkschaftliches

Der Streik der Zeitungsangestellten

Die bürgerliche Presse bringt in den heutigen Morgenblättern in großer Aufmachung die Nachricht von einem Vergleich im Zeitungsgewerbe. Diese Nachricht soll Verwirrung in die Reihen der Streikenden tragen. In Wirklichkeit haben lediglich die gelben Verbände einen sogenannten „Vergleich“ mit den Zeitungsgewaltigen abgeschlossen. Wenn schon bisher die diesen Streikverbänden angeschlossenen Angestellten in Scharen aus diesen den Unternehmern (teils gefügigen Organisationen) ausgetreten sind, so wird dieser Vergleich dieser Flucht ein reicheres Tempo geben.

Dieser sogenannte Vergleich ist weiter nichts, als eine vollständige Kapitulation vor den Unternehmern. Die Forderungen sollen zurückgestellt werden, bis die bevorstehenden Verhandlungen mit den Buchdruckern beendet sind. Sollten die Verhandlungen mit den Buchdruckern bis zum 25. November noch zu keinem Resultat geführt haben, so ist der Arbeitgeberverband bereit, auf Antrag schon (!!) zu diesem Zeitpunkt in neue Verhandlungen über die Forderungen auf Gehalts erhöhungen einzutreten. Der Arbeitgeberverband verpflichtet sich, den Arbeitnehmern für den Monat Oktober 1920 ein Drittel des Monatsgehälts als Vorzahlung zu zahlen, der in drei Raten in drei gleichen Raten, beginnend ab ultimo November, rückzahlbar ist. Und ein solcher „Vergleich“, der nicht mehr und nicht weniger bewirkt, als die ganze Angelegenheit auf ein totes Gefesse zu schließen, damit die Zeitungsgewaltigen Gelegenheit erhalten, Buchdruckern und Angestellten zugleich den Kampf anzuzeigen, der wurde von den „Gelben“ anerkannt. Wenn den Mitgliedern dieser Organisationen jetzt nicht die Augen aufgehen, dann ist ihnen überhaupt nicht mehr zu helfen.

Die Bekanntgabe des Vergleiches in einer heute vormittag stattgefundenen Versammlung der Streikenden, erweckte stürmische Debatte.

Das „Berliner Tageblatt“ erzählt von einem Teilstreik der Angestellten. Sonderbare Ansicht! Ueber 3000 Angestellte streiken, während ungefähr 100 Angestellte, die man in der Kubrik gelbes Gesicht findet, arbeiten, trotzdem ist der Streik ein Teilstreik in den Augen der Soldaterei des Kapitals. Mit solchen Teilstreiks hat wir auhetordenlich aufzuhören, um so mehr, als die bürgerliche Presse heute ohne Inzertate erscheint. Die erste Folgeerscheinung der praktischen Solidarität der Buchdrucker. Das ist überhaupt sehr bitter für diese Herrschaften, aber sie können sich noch auf weitere Ueberzählungen gefest machen, wenn sie weiter an ihrem Herrn-im-Häule-Standpunkt festhalten wollen.

Eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuh zusammen mit den Gelben, haben die freigewerkschaftlichen Organisationen aus Reinheitsgefühl abgelehnt. Erst in den nächsten Tagen werden diese in Verhandlungen eintreten.

Die nächste Bekanntgabe der Streikenden, die zuverlässiger Stimmung sind, findet morgen vormittag 8 Uhr im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße statt.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwiele, Warzen
besiegt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirof 100000fach bewährt
Preis M. 3.- in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Verständl. Nachschreibungen Kukirof steht einzig da.

